Neue Lesarten.

Nachdem der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg dem Kaiser in Karlsruhe einen zweistündigen Vortrag über die Entwicklung der neuen Marokkofrage und über die innerpolitische Lage gehalten hat, ist er mit dem Monarchen nach Straßburg zur Enthüllungsfeier des Denkmals Kaiser Wilhelms I. gefahren. „Auf besondere Einladung!" sagt der halbamtliche Bericht. Der Kanzler ist also mit dieser Einladung in Karlsruhe überrascht worden. Damit sind wieder einmal die Stimmen zum Schweigen gebracht, die von einer unausgleichbaren Meinungsverschiedenheit zwischen Kaiser und Kanzler zu berichten wußten, sie verzichten vorläufig darauf, an der Behauptung von dem bevorstehenden

Rücktritt des Reichskanzlers

festzuhalten. Alle Vermutungen, eine unerwartete Änderung im Kurse unsrer inneren Politik betreffend, sind damit als gegenstandslos erwiesen. Dennoch schweigt das Gerücht nicht, wonach dem Ach zur Reichstagswahl rüstenden Volke eine Überraschung bevorsteht, die nicht ohne Einfluß auf die Wahlen bleiben kann. Also doch! Die Not von der Regierung, die auf verzweifelter Suche nach einer Wahlparole ist, bietet so unendlich viel und interessantes Zeitungsgeflüster, daß man sich so leicht nicht von ihr losmachen kann. Hieß es bisher, der Kanzler müsse gehen, „weil seine

Haltung in der Marokkofrage

die wünschenswerte Energie vermissen lasse," so wird jetzt geflissentlich eine neue Lesart verbreitet, verwandt mit der alten, aber doch ein wenig deutlicher. Danach habe sich der Kanzler nach seinem Vortrage beim Kaiser entschlossen, in der Marokkofrage Frankreich gegenüber „neue Töne" anzuschlagen, um zu erzwingen, was freundlichen Vorstellungen und den Noten Österreichs und Deutschlands nicht gelang, daß nämlich Frankreich seinen Vormarsch auf die Hauptstadt des Scherifenreiches aufgibt. Wie solches Gerede auf der einen Seite geeignet ist, Aufsehen hervorzurufen und Beunruhigung in die weitesten Kreise zu tragen, so ist es andererseits doch auch von so wenig Sachkenntnis gestützt, daß es unmöglich ernst genommen werden kann. Der Kanzler, der bei seiner Berufung unumwunden erklärt hat, daß er

die auswärtige Politik

vertrauten Händen überlassen wolle, hat unter voller Billigung Kaiser Wilhelms die Leitung der auswärtigen Geschäfte Herrn Kiderlen-Wächter übertragen und nur in zwei Etatsreden sich in allgemeinen, sehr vorsichtigen Worten über das ihm eingestandenermaßen fremde Gebiet geäußert. Es heißt den Gang unsrer Staatsgeschäfte seit Bismarcks Rücktritt gründlich verkennen, wenn man behauptet, der Kanzler wolle jetzt ganz plötzlich und ohne die bevorstehende Erklärung in der französischen Kammer abzuwarten, einen neuen Kurs einschlagen. Im rechten Lichte erscheint aber die Lesart, wenn man die Behauptung betrachtet, die angebliche Sinnesänderung des Kanzlers sei erfolgt nach dem

Vortrag beim Kaiser.

sie sei also gewissermaßen auf den Einfluß des Monarchen zurückzuführen. Kaiser Wilhelm hat in den letzten Jahren so oft den Beweis geliefert, daß er mit Frankreich Frieden und Versöhnung wünsche, hat Künstler und Privatleute aus Frankreich so häufig ausgezeichnet und mit Politikern in so wohlwollenden Worten über Frankreich gesprochen, daß es schier unbegreiflich ist, wie man gerade dem Monarchen eine franzosenfeindliche Stimmung zumuten kann. Die Absicht aber ist leicht erkennbar. Nachdem das Gerücht von einer

kriegerischen Wahlparole

(die Deutschland angeblich in Gefahr schildern sollte) durch die weise Zurückhaltung der Regierung widerlegt ist, greift man zu einem feineren Mittel. Nicht mehr die Männer soll die Wahlparole der Regierung nach der neuen Lesart zusammenrufen, die entschlossen sind, das Vaterland zu verteidigen, wenn es not tut, sondern jene, die, um der innerpolitischen Schwierigkeiten Herr zu werden, zum Schwerte greifen und einen Krieg um jeden Preis heraufbeschwören wollen. Die Verbreiter solcher Gerüchte, die geeignet sind, die innerpolitische Lage durch wohldurchdachte Lügen noch mehr zu verwirren, sind in den Augen aller anständig denkenden Menschen gerichtet. Westmann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*In Gegenwart Kaiser Wilhelms und des Großherzogs Friedrich von Baden fand am 6. d. Mts. in Straßburg die Enthüllung des Denkmals für Kaiser Wilhelm I. statt. — Auch Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat den Kaiser von Karlsruhe, wo er zum Vortrag bei dem Monarchen weilte, zur Teilnahme an der Enthüllungsfeier nach Straßburg begleitet. Aufs neue werden damit die Gerüchte widerlegt, die von einer Verstimmung zwischen dem Kaiser und seinem ersten Ratgeber immer wieder in Umlauf gesetzt werden. — Kaiser Wilhelm hat von Straßburg aus der Hohkönigsburg einen Besuch abgestattet und sich dann über Metz, wo er einer Nachübung der dortigen Truppen beiwohnte, nach Wiesbaden begeben.

*Dem Reichstag ist ein neues Verzeichnis der in der letzten Zeit eingelaufenen Eingaben zugegangen. Es haben inzwischen die 424 Eingaben den Reichstag erreicht, die im Auftrage von ebensoviel Volksversammlungen um Ablehnung bezw. Abänderung der Kommissionsbeschlüsse über die Reichsversicherungsordnung insbesondere hinsichtlich der Erhöhung der Versicherungsleistungen und der Erhaltung der Selbstverwaltung ersuchen. Zahlreich sind die Eingaben zur Strafgesetznovelle. So wendet sich der Reichsverband der deutschen Presse gegen die geplanten Verschärfungen der Beleidigungsstrafen und gegen eine Einschränkung des Wahrheitsbeweises. Etwa zwanzig Eingaben, ausgehend von Frauenvereinen, bitten um die Zulassung der Frauen zum Schöffenamt.

*Der preußische Handelsminister hat an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten einen Runderlaß gerichtet, in dem er dieselben auffordert, die Bestrebungen der Deutschen Gesellschaft für Kaufmannserholungsheime auf das tatkräftigste zu unterstützen und diesen Erlaß an die nachgeordneten Behörden weiterzugeben.

Italien.

*Wie verlautet, hat der Papst den ehemaligen Nuntius in Wien Belmonte zum Führer der zum Krönungsfeste nach London gehenden Abordnung ernannt.

Belgien.

*Die Brüsseler Sozialisten, die beim Besuch des Deutschen Kaisers eine Kundgebung gegen die deutsche Regierung erlassen und an ihre Parteigenossen die Weisung ausgegeben hatten, allen Veranstaltungen fernzubleiben, haben für den bevorstehenden Besuch des Präsidenten Fallières in Brüssel das gleiche Verhalten vorgeschrieben. Sie erließen eine Kundgebung, die die gegenwärtige Politik Frankreichs als rückständig und die Republik als eine Freundin des russischen Zarismus und einer arbeiterfeindlichen Verwaltung bezeichnet.

Amerika.

*Die Friedensverhandlungen in Mexiko sind endgültig gescheitert: der Kampf zwischen den Rebellen und den Regierungstruppen hat bereits wieder begonnen. Die Ver. Staaten, die schon wiederholt ihr Einschreiten angedroht haben, zögern noch immer, weil die Regierung den Ausbruch eines allgemeinen Aufstandes befürchtet, falls amerikanische Truppen die mexikanische Grenze überschreiten. Angesichts der immer drohender werdenden Lage wird man sich doch wohl zu einem Eingreifen entschließen müssen.

Afrika.

*Trotz der beruhigenden Nachrichten, die jetzt aus Fez kommen, scheint Frankreich nicht entschlossen zu sein, den Vormarsch ins Innere Marokkos aufzugeben. Da sich die französischen Truppen immer mehr der Hauptstadt nähern, hat nunmehr auch Spanien beschlossen, das seinem Einfluß unterstehende nordwestliche Gebiet des Scherifenreiches militärisch zu besetzen. Der Streit um die endgültige Aufteilung Marokkos hat also in aller Form begonnen.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag wurde am 6. d. Mts. die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung fortgesetzt. Die zusammen behandelten Paragraphen 62 und 92 regelten die Deckung der Kosten der Versicherungsämter. Die Kommission hatte Tragung der Kosten durch die Gemeinden beschlossen. Fortschrittler und Sozialdemokraten beantragten die Kostendeckung durch den Staat. Ministerialdirektor Caspar erklärte die Abänderungsanträge für unannehmbar. Schließlich gelangte ein Kompromißantrag zu Annahme, der einen Mittelweg vorschlug. Beim § 105 wurde auf Antrag Schulz (freikons.) einstimmig die Einführung der Verhältniswahl für die Wahlen der Beisitzer zum Reichsversicherungsamt beschlossen. Die §§ 135 und 136 regelten die ärztliche Behandlung. Sie soll durch approbierte Ärzte, bei Zahnkrankheiten durch approbierte Zahnärzte vorgenommen werden. Ein Kompromißantrag ließ auch Zahntechniker zu. Zu § 162 (Ortslohn) begründete Abg. Bren (soz.) einen Antrag, daß der Ortslohn auf 3 Mk. für männliche und 2 Mk. für weibliche Arbeiter festgesetzt werde und sprach davon, daß auf dem Lande eine „Karikatur" der Löhne herrsche. Die weiteren Paragraphen des 1. Buches der Vorlage wurden im wesentlichen in der Kommissionsfassung angenommen. Es begann die Beratung des 2. Buches: Die Krankenversicherung. Einige Paragraphen wurden erledigt. Bei der Abstimmung über den § 180, Bestimmung der Versicherungspflicht durch den Bundesrat, wurde die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt und festgestellt. Somit mußte Vertagung eintreten.

Am 8. d. Mts. wird die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung fortgesetzt.

Die wiederholte Abstimmung über den § 181, mit der am 6. d. Mts. durch Bezweifelung der Beschlußfähigkeit des Hauses die Beratung abgebrochen wurde, ergab die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages.

Nach § 184 kann die oberste Verwaltungsbehörde auf Antrag des Arbeitgebers bestimmen, wieweit die in Betrieben oder im Dienste nicht öffentlicher Körperschaften oder als Lehrer und Erzieher an Privatschulen Beschäftigten versicherungsfrei sind, wenn sie insbesondere lediglich für ihren Beruf ausgebildet werden. Die Sozialdemokraten beantragen Streichung des Paragraphen.

Abg. Mugdan (fortschr. Vp.): Hier handelt es sich zunächst um Studenten, die die Versicherung gar nicht wünschen, da sie durch die Einrichtungen der Universität schon gegen Krankheit versichert sind und die Beiträge für sie daher nichts als eine Verminderung ihres Einkommens bedeuten würden.

Abg. Göhre (soz.): Das ist nur ein

Reserveleutnantsdünkel der Studenten,

die sich genieren, mit Arbeitern in einer Kasse zu sein.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Nach § 186 wird auf Antrag von der Versicherungspflicht befreit, wer nur zu einem geringen Teil erwerbsfähig ist, so lange der vorläufig unterstützungspflichtige Armenverband einverstanden ist. Die Sozialdemokraten beantragen Streichung des Paragraphen.

Abg. Hue (soz.): Der Zweck des § 186 ist, daß die noch irgendwie arbeitsfähigen Bergingvaliden, Zehntausende und Aberzehntausende, auf den Werken oder Tag beschäftigt werden und daß man sie zwingen würde, sich von der Krankenversicherungspflicht entbinden zu lassen. In dieser Frage ist die gesamte Bergarbeiterschaft einig. Schon die jetzige Praxis habe im Ruhrgebiet die Armenlasten der Gemeinden ganz außerordentlich gesteigert. Das ist ein Skandal.

Die Abgg. Behrens (wirtsch. Vgg.) und Becker-Arnsberg (Zentr.) bestreiten, daß die Bergarbeiter in ihrer Gesamtheit die Meinung des Abg. Hue teilen, und bekämpfen den Antrag, den der Abg. Korfanty (Pole) befürwortet.

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 192a bestimmt, daß die Berechtigung zur

freiwilligen Versicherung

in allen Fällen erlischt, wenn das regelmäßige Gesamteinkommen 4000 Mk. übersteigt.

Abg. Molkenbuhr (soz.) befürwortet die von den Sozialdemokraten beantragte Grenze von 5000 Mk.

Abg. Mugdan (fortschr. Vp.): Ich bin [illegible] recht, jemand, der jahrelang Beiträge zur Versicherung gezahlt hat, das erworbene Recht zu nehmen, weil er ein höheres Einkommen erreicht hat. Wer garantiert denn dem aus der Versicherung Gestrichenen, daß er sein Einkommen auch behält und nicht nach einem halben Jahr wieder unter 4000 Mark sinkt? Es bedarf deshalb einer Bestimmung, daß die aus der Versicherung Gestrichenen in solchen Falle das Recht haben, die frühere Versicherung fortzusetzen.

Abg. Molkenbuhr (soz.): Wenn die Mehrheitsparteien die Beschlüsse nicht begründen, dann ist ja alles ein Geheimnis der im geheimen beratenden Kommission.

Abg. Mugdan (fortschr. Vp.): So wie die Bestimmung jetzt ist, kann sie unmöglich bleiben. Es muß bis zur dritten Lesung eine Änderung getroffen werden, die die Ungerechtigkeiten beseitigt. Der Antrag der Sozialdemokraten bringt auch keine Abhilfe.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, den § 196 (Höhe des Grundlohn bei den Landkrankenkassen zu ermitteln) wird abgelehnt.

§ 197 regelt die Krankenpflege und das Krankengeld. Ein sozialdemokratischer Antrag will statt des halben den ganzen Grundlohn, wenn dies abgelehnt wird, drei Viertel des Grundlohnes als Krankengeld gewähren. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 212 gegen 39 Stimmen abgelehnt.

Bei § 199 beantragt

Abg. Junkel (kons.) die obligatorische Wochenhauspflege in allen Fällen, in denen sie vom Arzt für notwendig erklärt werde. Hoffentlich werden die Mehrheitsparteien bei dieser wichtigen Frage von ihrer Wanzentaktik abgehen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zum § 201 fordert ein sozialdemokratischer Antrag, das Hausgeld im Falle einer Krankenhauspflege auf drei Viertel des Krankengeldes als Hälfte zu bemessen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Die §§ 204 und 205 bestimmen, daß ein Versicherter, der aus einer zweiten Kasse Unterstützung erhält, nur solche im Durchschnittsbetrage seines Tagesverdienstes erhalten darf.

Abg. Schmidt-Berlin (soz.): Nehmen Sie unsern Antrag auf Streichung dieser Bestimmung an.

Die Paragraphen werden aufrechterhalten unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge.

Mit § 210 beginnen die Bestimmungen über

Wochenhilfe.

Ein Antrag Irl (Zentr.) und Hufnagel (kons.) wünscht die Regelung der Wochenhilfe für die in der Landwirtschaft Beschäftigten durch die Satzung. Die Sozialdemokraten schlagen eine neue Fassung sowie namentliche Abstimmungen über § 210 und den Antrag Irl vor.

Abg. David (soz.): Es ist Pflicht der Gesellschaft, die kommende Generation dadurch zu schützen, daß man die Mütter schützt. Die Kinder sind die höchste nationale Gut. Die Säuglingssterblichkeit ist erschreckend groß. Es starben 1906 350 000 Säuglinge, 17,8 Prozent. In England starben nur 12 Prozent, in Norwegen gar nur 7 Prozent. Unsre Verhältnisse sind sehr verbesserungsbedürftig. Mütterschutz ist nichts weiter wie Kinderschutz. Viele im Mutterleibe hungern Hunderttausende von Kindern. Der Antrag Irl-Hufnagel bedeutet eine Verschlechterung der schlechten Regierungsvorlage.

Säuglingssterblichkeit auf dem Lande

ist jetzt höher als in den Städten. In der Kommission wurde vom Staatssekretär die Erklärung abgegeben, wenn unsre Anträge angenommen würden, dann ist für die Regierung das ganze Gesetz unannehmbar. Mit grellem Schlaglicht beleuchtet das, wie tief das Niveau sozialpolitischer Einsicht und Empfindung in den leitenden Stellen des Deutschen Reiches ist. 1890 erklärte der Kaiser auf der internationalen Arbeiterschutzkonferenz: Für eine gute Sache spielt das Geld keine Rolle. Und nach zwei Jahrzehnten pflanzt die Regierung das Unannehmbare auf. Wir fordern Sie auf, hier einmal ein nationales Werk mit uns gemeinsam zu vollbringen. Sorgen Sie mit uns, daß der Widerstand der Regierung hier zusammenbricht.

Abg. Irl (Ztr.): Auf dem Lande ist es [illegible] nicht so schlimm, wie die Statistik zu beweisen scheint. Denn es sterben auf dem Lande viele Kinder, die dort gar nicht geboren sind, sondern die als Stiefkinder hinkommen. Wir würden den Antrag, die Wochenhilfe gern gönnen, wenn wir über die finanziellen Schwierigkeiten hinwegkämen. Wir wollen die Sache so regeln, daß auch die Gemeinden damit einverstanden sind. Nehmen Sie unsern Antrag an.

Das Haus vertagt sich.

Ursula Drenck.

29] Roman von Paul Grabein.

(Fortsetzung.)

Und nun sollte Wigand hinaus in den schwarzen Erdteil, wo die Wilden ihn vielleicht massakrieren würden oder der Typhus ihn hinraffte — wie es Tante Marie ja fast täglich in der Zeitung las — wo hier alles so schön sein könnte, wenn die Ursel da nicht so halsstarrig und unvernünftig wäre! Wigand hatte der Tante vorhin ja auf ihr eingehendes, teilnahmsvolles Fragen hin erzählt: wie er sein Glück hier in der Heimat noch einmal versucht habe, aber vergeblich, und nun notgedrungen zu dem verzweifelten Plan gekommen sei, hinauszugehen. Also bloß um des elenden Geldes willen, das ihm zur Gründung einer befriedigenden Existenz fehlte, wollte er sein Leben da drunten in die Schanze schlagen. Wahrhaftig, wenn sie es nur gehabt hätte, sie hätte ihm von Herzen gern die nötigen Mittel vorgestreckt.

Tante Marie zerbrach sich vergeblich, die Arme verschränkt, vor sich hindenkend, ihren Kopf. „Nein, nein," ein Seufzer entfuhr ihr unbewußt, und mit ihm halblaut die Worte: „Es ist ihm doch nicht mehr zu helfen!"

„Wem ist nicht zu helfen?" Von ihren Notenblättern aufsehend, blickte Ursula erstaunt auf die alte Dame, die da eben ihr minutenlanges Schweigen so merkwürdig unterbrach.

„Nun, Wigand doch natürlich!" verwunderte sich ihrerseits die Tante. An wen sollte sie denn sonst eben gedacht haben! Aber die Nichte war heute sonderbar schwer von Begriff.

„Wieso denn aber?" fragte sie weiter. „Wie sollte ihm denn zu helfen sein?"

Die Tante blickte sie nun wirklich erstaunt an. „Na, das liegt doch wirklich auf der Hand. Hat er dir denn nicht auch erzählt, wie traurig es ihm hier gegangen ist?"

Ursula schüttelte schweigend den Kopf.

„Nein?" verwunderte sich die Tante. „Ja, dann freilich!" Und eifrig berichtete sie der Nichte nun wieder, was sie von ihm selber erfahren hatte.

Mit steigendem Interesse hörte ihr Ursula zu. Das war ja freilich traurig. Wenn es nur dies Mißgeschick war, das leidige Geld, das ihm nicht erlaubte, in der Heimat sein Glück zu finden, sondern ihn in ein abenteuerliches Leben in der Fremde hinaustrieb! Wie bitter mußte das für einen Mann von erstem Wollen und Können sein, gerade hieran zu scheitern. Und plötzlich fiel ihr ein, wie vielversprechend sich damals seine erste Praxis als Bräutigam angelassen hätte; wenn das Unglück mit Fred dann nicht gekommen wäre, so hätte er heute sicher eine glänzende Existenz. Und das alles hatte er verloren mit durch ihre Schuld.

Ursulas Stirn furchte sich. Wigands Entschluß, nach Afrika zu gehen, stand plötzlich in einem ganz andern Lichte vor ihr. Aber warum hatte er ihr nur vorhin kein Wort davon gesagt?

Bitterkeit wollte in ihr aufsteigen: Da der Tante schüttete er sein Herz aus, und ihr, die ihm doch einst ganz anders nahe gestanden — Aber, halt! Voller Beschämung rief sie es sich selbst zu. Wie hätte er davon wohl zu ihr sprechen sollen, wo sie ihn mit solch gemessener Ruhe, mit solcher abwehrenden Kühle empfangen hatte. Da mußte ja ein charaktervoller Mann sich in sich verschlossen zurückhalten, und wenn ihm das Herz noch so schwer sein mochte.

Nun fiel Ursula ihr Benehmen vorhin plötzlich schwer aufs Herz: Daß sie ihn, der so schwer enttäuscht der Heimat den Rücken wenden mußte, ein so frostiges Lebewohl gesagt. Mit herzlichen, teilnehmenden Worten hätte sie ihm doch wenigstens das Gedenken an diesen Abschied erleichtern können. Nun hatte sie aber zu aller Unbill der Heimat noch diese letzte, ihm vielleicht schmerzlichste gefügt.

Unruhig sprang Ursula auf und ging ans Fenster; sie wollte der sie gespannt beobachtenden Tante ihre Mienen nicht zeigen. So stand sie eine Weile stumm, ihr abgekehrt, aber ihre Gedanken arbeiteten um so erregter. Immer wieder tönte ihr der unabweisliche Vorwurf aus ihrem Innern entgegen: Du bist mit schuld an seinem traurigen Leben, daß er jetzt hinausgeht in die freudlose Fremde, in ernste Gefahren — vielleicht in den Tod. Und immer wieder sah sie ihn vor sich stehen, da vorhin an der Tür, ihr abgewandt, die Hand an der Klinke, auf ein letztes freundliches Wort von ihr hoffend. Daß sie ihn so hatte gehen lassen. Sie empfand es nur zu gewiß: Sie verzieh es sich nie! Es würde sie nun quälen, ihr wieder die Ruhe rauben in einem fort.

Aber war es denn nicht noch Zeit, das wieder gutzumachen, überhaupt hier noch gutzumachen, was sie verschuldet hatte?

Hastig fuhr Ursula plötzlich herum.

„Hat dir Wigand seine Adresse gegeben?"

Tante Marie war ordentlich erschreckt über dieses unvermutete Anrufen, aber es war ein freudiger Schreck: Ah, Ursula bekam doch Interesse an der Sache — sogar ein sehr lebhaftes, wer wußte, was da noch vor sich ging. Aber alsbald kam ein richtiger Schreck über Herrgott ja, seine Adresse. Danach hatte sie natürlich nicht gefragt.

Etwas kleinlaut gestand es die alte Dame der Nichte ein. Nein, diese Dummheit! Wie sollte man ihn denn nun hier in der Millionenstadt ausfindig machen? Er hatte ihr wohl den Namen des Ortes, wo er gewohnt hatte, hier in Berlins Nachbarschaft genannt, aber auch den hatte sie natürlich vergessen. Ja, ja, ihr alter Kopf — er wolle doch gar nicht mehr recht. Und seufzend, innerlich tief bekümmert, fiel Tante Marie in ihren Sessel zurück: Wenn nun deswegen wenigstens lich alle Hoffnungen wieder zunichte werden sollten?

Einen Augenblick stieg auch in Ursulas Herz die Angst auf, daß nun an einem pl[illegible] Zufall ihr Vorhaben scheitern sollte! Unsinn! Energisch drängte sie dies Empfinden schnell wieder zurück. Und wenn man ins Kriegsministerium oder Kolonialamt gehen mußte, zu erfahren würde Wigands Adresse sein — nur Eile tat not, höchste Eile allerdings: denn in einigen Tagen konnte er vielleicht ja schon fort sein.

Mit ihren Gedanken entschlossen zu Marie gehend, stand Ursula einen Augenblick: da fiel ihr Auge durch einen Zufall auf ein